

LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2023/30147]

21 DECEMBRE 2018. — Loi portant des dispositions diverses en matière sociale. — Traduction allemande d'extraits

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande des articles 34 à 41, 54 à 57, 71 à 73 et 78 à 82 de la loi du 21 décembre 2018 portant des dispositions diverses en matière sociale (*Moniteur belge* du 17 janvier 2019, *err. du 31 janvier 2019*).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2023/30147]

21 DECEMBER 2018. — Wet houdende diverse bepalingen inzake sociale zaken. — Duitse vertaling van uittreksels

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de artikelen 34 tot 41, 54 tot 57, 71 tot 73 en 78 tot 82 van de wet van 21 december 2018 houdende diverse bepalingen inzake sociale zaken (*Belgisch Staatsblad* van 17 januari 2019, *err. van 31 januari 2019*).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2023/30147]

21. DEZEMBER 2018 — Gesetz zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Soziales — Deutsche Übersetzung von Auszügen

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung der Artikel 34 bis 41, 54 bis 57, 71 bis 73 und 78 bis 82 des Gesetzes vom 21. Dezember 2018 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Soziales.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST SOZIALE SICHERHEIT

21. DEZEMBER 2018 — Gesetz zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Soziales

PHILIPPE, König der Belgier,
Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Abgeordnetenversammlung hat das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

(...)

KAPITEL 3 — *Abänderungen im Sektor der Entschädigungsversicherung für Lohnempfänger*

Abschnitt 1 — LIKIV - Entschädigungsversicherung

Unterabschnitt 1 — *NewAttest*

Art. 34 - Artikel 9^{quater} des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, eingefügt durch das Gesetz vom 11. August 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraph 1 Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„Diese Daten können nur entschlüsselt werden, wenn dies für die in § 2 Nr. 1, 2 und 4 Buchstabe *b*) erwähnten gesetzlichen Zwecke erforderlich ist.“

2. Paragraph 2 wird durch eine Nr. 4 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

„4. Was den Dienst für Entschädigungen betrifft:

a) um die in den Artikeln 78 und 111 erwähnten Aufträge im Bereich Verwaltung der Entschädigungs- und Mutterschaftsversicherung ausführen zu können, wie insbesondere die in und durch vorliegendes Gesetz vorgesehenen Aufträge im Rahmen der Erstellung des Haushaltsplans und der Überwachung der Ausgaben, hat der Dienst Zugriff auf die in § 1 vorgesehenen doppelt verschlüsselten Daten,

b) um die Aufträge ausführen zu können, die aus der internationalen Rechtsordnung hervorgehen, wie beschrieben in der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und den verschiedenen internationalen Verträgen über die soziale Sicherheit, die das Königreich Belgien geschlossen hat, hat der Dienst Zugriff auf den Betrag der in diesen Rechtsinstrumenten bestimmten Leistungen, die tatsächlich erbracht wurden, und auf den Zeitraum, auf den sie sich beziehen, auf das Datum, an dem diese Leistungen gezahlt wurden, und, bei Nichtzahlung, auf die Gründe, weshalb diese Leistungen nicht gewährt wurden.“

Unterabschnitt 2 — *Befugnis des Geschäftsführenden Ausschusses des Dienstes für Entschädigungen im Bereich Invaliditätspension für Bergarbeiter*

Art. 35 - In Artikel 80 desselben Gesetzes werden in § 3, eingefügt durch das Gesetz vom 30. September 2017, zwischen den Wörtern „des Gesetzes vom 27. Juni 1969“ und den Wörtern „erwähnten Bergarbeiter“ die Wörter „zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer“ eingefügt.

Art. 36 - Vorliegender Unterabschnitt wird wirksam mit 1. Januar 2018.

Unterabschnitt 3 — *Verweigerung der Arbeitsunfähigkeitsentschädigungen infolge der Gewährung von Mutterschaftsgeld*

Art. 37 - Artikel 103 § 2 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

Zwischen den Wörtern „das in Artikel 113 erwähnte Mutterschaftsgeld“ und dem Wort „bezieht“ werden die Wörter „oder Mutterschaftsgeld aufgrund ausländischer Rechtsvorschriften“ eingefügt.

Unterabschnitt 4 — Anrecht auf Entschädigungen nach (verkürzter) Wartezeit

Art. 38 - [Abänderungen des französischen Textes]

Art. 39 - In Artikel 116/2 Nr. 2 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 19. Dezember 2014, werden zwischen den Wörtern "von der Absolvierung der Wartezeit befreit worden sind" und den Wörtern ", Anrecht auf dieselben Leistungen" die Wörter "oder eine verkürzte Wartezeit beendet haben" eingefügt.

Art. 40 - In Artikel 129 Nr. 2 desselben Gesetzes werden zwischen den Wörtern "von der Absolvierung der Wartezeit befreit worden sind" und den Wörtern ", Anrecht auf dieselben Leistungen" die Wörter "oder eine verkürzte Wartezeit beendet haben" eingefügt.

Unterabschnitt 5 — Gleichzeitiger Bezug von Entschädigungen mit einer aufgrund der internen Regelung einer internationalen oder supranationalen Organisation bewilligten Entschädigung

Art. 41 - Artikel 136 § 2 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 18. Juli 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Die im vorliegenden koordinierten Gesetz erwähnten Leistungen werden verweigert, wenn der Schaden, der von einer Krankheit, von Schäden, von funktionellen Störungen oder vom Tod herrührt, tatsächlich aufgrund einer anderen belgischen Rechtsvorschrift, einer ausländischen Rechtsvorschrift, der internen Regelung einer internationalen oder supranationalen Organisation oder aufgrund des allgemeinen Rechts entschädigt wird. Sind die Beträge, die aufgrund dieser Rechtsvorschriften, der internen Regelung einer internationalen oder supranationalen Organisation oder aufgrund des allgemeinen Rechts bewilligt werden, jedoch niedriger als die Leistungen der Versicherung, hat der Begünstigte Anrecht auf die Differenz zu Lasten der Versicherung."

2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Für die Anwendung des vorliegenden Paragraphen ist der Betrag der Leistungen, der aufgrund einer anderen Rechtsvorschrift oder der internen Regelung einer internationalen oder supranationalen Organisation gebilligt wird, der Bruttobetrag, verringert um den Betrag der Sozialversicherungsbeiträge, die eventuell auf diese Leistungen einbehalten werden."

3. In Absatz 3 werden zwischen den Wörtern "einer ausländischen Rechtsvorschrift" und den Wörtern "oder aufgrund des allgemeinen Rechts" die Wörter ", der internen Regelung einer internationalen oder supranationalen Organisation" eingefügt.

4. In Absatz 4 werden zwischen den Wörtern "einer ausländischen Rechtsvorschrift" und den Wörtern "oder aufgrund des allgemeinen Rechts" die Wörter ", der internen Regelung einer internationalen oder supranationalen Organisation" eingefügt.

(...)

KAPITEL 7 — Ersetzung des Verweises auf das Gesetz vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten in bestimmten Sozialversicherungsgesetzen

(...)

Abschnitt 3 — Abänderungen des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung

Art. 54 - In Artikel 9^{quater} § 1 Absatz 2 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, eingefügt durch das Gesetz vom 11. August 2017, werden die Wörter "des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten" durch die Wörter "von Artikel 5 Nr. 8 des Gesetzes vom 21. August 2008 zur Einrichtung und Organisation der eHealth-Plattform und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen" ersetzt.

Art. 55 - In Artikel 22 Nr. 20 Buchstabe *a*) Nr. 1 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. April 2014, werden die Wörter "einer Zwischenorganisation, wie in Artikel 1 Nr. 6 des Königlichen Erlasses vom 13. Februar 2001 zur Ausführung des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten definiert," durch die Wörter "eines Auftragsverarbeiters im Sinne von Artikel 4 Nr. 8 der Verordnung 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung), der die personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 4 Nr. 5 derselben Verordnung pseudonymisiert," ersetzt.

Art. 56 - In Artikel 53 § 4 Absatz 2 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 25. Dezember 2016, werden die Wörter "der Rechtsvorschriften über den Schutz des Privatlebens in Bezug auf personenbezogene Daten" durch die Wörter "der Vorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten" ersetzt.

Art. 57 - In Artikel 153 § 3 Absatz 1 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 11. August 2017, werden die Wörter "des Gesetzes über den Schutz des Privatlebens" durch die Wörter "der Vorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten" ersetzt.

(...)

KAPITEL 12 — Abänderungen im Bereich der ÜSS

Art. 71 - In Artikel 32 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 22. Dezember 2016, werden die Nummern 11^{quinquies} und 11^{sexies} mit folgendem Wortlaut eingefügt:

11^{quinquies}. wenn sie im Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Schweiz wohnen: Personen, die in Anwendung von Artikel 42 Nr. 1 des Gesetzes vom 17. Juli 1963 über die überseeische soziale Sicherheit Anspruch auf Erstattung der Gesundheitspflegekosten erheben können, sowie Personen, die Gesundheitspflegeleistungen erhalten auf der Grundlage von Artikel 8 Buchstabe *a*) des Gesetzes vom 16. Juni 1960, durch das die Organe zur Verwaltung der sozialen Sicherheit der Angestellten von Belgisch-Kongo und Rwanda-Urundi unter die Kontrolle und Garantie des Belgischen Staates gestellt werden und durch das die zu Gunsten dieser Angestellten erbrachten Sozialleistungen vom Belgischen Staat garantiert werden,

11^{sexies}. wenn sie im Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Schweiz wohnen: in Artikel 45 Nr. 1 des Gesetzes vom 17. Juli 1963 über die überseeische soziale Sicherheit erwähnte längstlebende Ehepartner und Waisen sowie Witwen und Waisen, die Gesundheitspflegeleistungen erhalten auf der Grundlage von Artikel 8 Buchstabe *b*) und *c*) des

Gesetzes vom 16. Juni 1960, durch das die Organe zur Verwaltung der sozialen Sicherheit der Angestellten von Belgisch-Kongo und Rwanda-Urundi unter die Kontrolle und Garantie des Belgischen Staates gestellt werden und durch das die zu Gunsten dieser Angestellten erbrachten Sozialleistungen vom Belgischen Staat garantiert werden.”

Art. 72 - In Artikel 191 Absatz 1 Nr. 7 letzter Satz desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 17. Dezember 2017, werden die Wörter "der spezifischen Regelung der überseeischen sozialen Sicherheit beziehungsweise" aufgehoben.

Art. 73 - Vorliegendes Kapitel tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

(...)

KAPITEL 16 — *Abänderungen von Artikel 191 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung*

Abschnitt 1 — Beiträge auf den Umsatz

Art. 78 - Artikel 191 Absatz 1 Nr. 15^{novies} des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, eingefügt durch das Gesetz vom 27. Dezember 2005 und abgeändert durch die Gesetze vom 27. Dezember 2006, 21. Dezember 2007, 8. Juni 2008, 19. Dezember 2008, 22. Dezember 2008, 23. Dezember 2009, 29. Dezember 2010, 28. Dezember 2011, 27. Dezember 2012, 26. Dezember 2013, 19. Dezember 2014, 26. Dezember 2015, 25. Dezember 2016 und 25. Dezember 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 3 wird durch folgenden Satz ergänzt:

"Für das Jahr 2019 wird die Höhe dieses Beitrags auf 6,73 Prozent des Umsatzes festgelegt, der 2019 erzielt worden ist."

2. In Absatz 5 letzter Satz wird das Wort "und" gestrichen und wird der Satz wie folgt ergänzt:

", und vor dem 1. Mai 2020 für den Umsatz, der 2019 erzielt worden ist".

3. In Absatz 7 erster Satz werden die Wörter "und der Beitrag auf den Umsatz 2018" durch die Wörter ", der Beitrag auf den Umsatz 2018 und der Beitrag auf den Umsatz 2019" ersetzt.

4. Absatz 8 wird durch folgenden Satz ergänzt:

"Für das Jahr 2019 müssen der Vorschuss und der Saldo, erwähnt in Absatz 7, vor dem 1. Juni 2019 beziehungsweise dem 1. Juni 2020 auf das Konto des Landesinstituts für Kranken- und Invalidenversicherung mit dem Vermerk "Vorschuss Beitrag Umsatz 2019" beziehungsweise "Saldo Beitrag Umsatz 2019" überwiesen werden."

5. Absatz 10 wird durch folgenden Satz ergänzt:

"Für das Jahr 2019 wird der vorerwähnte Vorschuss auf 6,73 Prozent des Umsatzes festgelegt, der im Jahr 2018 erzielt worden ist."

6. Der letzte Absatz wird durch folgenden Satz ergänzt:

"Einnahmen, die auf den Beitrag Umsatz 2019 zurückzuführen sind, werden in den Rechnungen der Gesundheitspflegepflichtversicherung des Rechnungsjahres 2019 aufgenommen."

Art. 79 - In Artikel 191 Absatz 1 Nr. 15^{duodecies} desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 23. Dezember 2009 und abgeändert durch die Gesetze vom 29. Dezember 2010, 28. Dezember 2011, 27. Dezember 2012, 26. Dezember 2013, 19. Dezember 2014, 26. Dezember 2015, 25. Dezember 2016 und 25. Dezember 2017, wird Absatz 5 durch folgenden Satz ergänzt:

"Für das Jahr 2019 wird die Höhe dieses Beitrags auf 1 Prozent des im Jahr 2019 erzielten Umsatzes und wird der betreffende Vorschuss auf 1 Prozent des im Jahr 2018 erzielten Umsatzes festgelegt."

Art. 80 - In Artikel 191 Absatz 1 Nr. 15^{terdecies} desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 28. Juni 2013 und abgeändert durch die Gesetze vom 19. Dezember 2014, 26. Dezember 2015, 25. Dezember 2016 und 25. Dezember 2017, wird Absatz 5 wie folgt ergänzt:

"Für das Jahr 2019 belaufen sich die Prozentsätze dieser "Abgabe Arzneimittel für seltene Leiden" auf 0 Prozent für die Umsatzklasse von 0 bis einschließlich 1,5 Millionen EUR, auf 3 Prozent für die Umsatzklasse von 1,5 bis 3 Millionen EUR und auf 5 Prozent für die Umsatzklasse über 3 Millionen EUR. Die Prozentsätze, die auf die verschiedenen Umsatzstufen angewendet werden, um den Vorschuss 2019 festzulegen, entsprechen den Prozentsätzen, die für die "Abgabe Arzneimittel für seltene Leiden" 2019 festgelegt werden."

Abschnitt 2 — Beitrag auf Marketing

Art. 81 - Artikel 191 Absatz 1 Nr. 31 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 27. Dezember 2012 und abgeändert durch die Gesetze vom 26. Dezember 2013, 19. Dezember 2014, 26. Dezember 2015, 25. Dezember 2016 und 25. Dezember 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird durch folgenden Satz ergänzt:

"Für das Jahr 2019 wird der Ausgleichsbeitrag beibehalten."

2. In Absatz 2 werden die Wörter "und des im Jahr 2018 erzielten Umsatzes für das Jahr 2018" durch die Wörter ", des im Jahr 2018 erzielten Umsatzes für das Jahr 2018 und des im Jahr 2019 erzielten Umsatzes für das Jahr 2019" ersetzt.

3. Absatz 3 wird wie folgt ergänzt:

"Der Vorschuss 2019, der auf 0,13 Prozent des im Jahr 2018 erzielten Umsatzes festgelegt ist, wird vor dem 1. Juni 2019 auf das Konto des Landesinstituts für Kranken- und Invalidenversicherung mit dem Vermerk "Vorschuss Ausgleichsbeitrag 2019" überwiesen und der Saldo wird vor dem 1. Juni 2020 auf dasselbe Konto mit dem Vermerk "Saldo Ausgleichsbeitrag 2019" überwiesen."

4. In Absatz 5 werden die Wörter "und des Rechnungsjahres 2018 für den Beitrag 2018" wie folgt ersetzt:

", des Rechnungsjahres 2018 für den Beitrag 2018 und des Rechnungsjahres 2019 für den Beitrag 2019".

KAPITEL 17 — *Abänderungen von Artikel 40 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung*

Art. 82 - Artikel 40 § 1 Absatz 4 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 25. Dezember 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wörter "86.788.000 EUR" werden durch die Wörter "117.413.000 EUR" ersetzt.

2. Die Wörter "63.788.000 EUR" werden durch die Wörter "114.921.000 EUR" ersetzt.

3. Ein Satz mit folgendem Wortlaut wird hinzugefügt:

“Für das Jahr 2020 wird der Betrag des jährlichen Globalhaushaltszieles zusätzlich um 25.000.000 EUR erhöht. Diese zusätzliche Erhöhung ist integraler Bestandteil des jährlichen Globalhaushaltszieles für das Jahr 2020.”

(...)

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 21. Dezember 2018

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Beschäftigung
K. PEETERS

Der Minister des Innern
P. DE CREM

Der Minister der Justiz
K. GEENS

Die Ministerin der Sozialen Angelegenheiten
M. DE BLOCK

Der Minister der Pensionen
D. BACQUELAINE

Der Minister der Finanzen, beauftragt mit der Bekämpfung
der Steuerhinterziehung
A. DE CROO

Der Minister des Mittelstands, der Selbständigen, der KMB, der Landwirtschaft und
der Sozialen Eingliederung
D. DUCARME

Die Ministerin des Haushalts und des Öffentlichen Dienstes
S. WILMES

Der Staatssekretär für die Bekämpfung des Sozialbetrugs
Ph. DE BACKER

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz
K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR
ET SERVICE PUBLIC FEDERAL JUSTICE

[C – 2022/43312]

21 DECEMBRE 2022. — Arrêté royal accordant une aide financière de 9.156.165,81 euros aux organismes pour le recrutement de personnel chargé de l’accompagnement de mesures judiciaires pour l’année 2022

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu l’article 37 de la Constitution;

Vu la loi du 30 mars 1994 portant des dispositions sociales, notamment l’article 69, modifiée par la loi du 21 décembre 1994, du 25 mai 1999, du 22 décembre 2003, du 27 décembre 2006 et du 12 mai 2014 et la loi du 25 décembre 2016 ;

Vu la loi du 22 mai 2003 portant organisation du budget et de la comptabilité de l’Etat fédéral, et plus particulièrement les articles 121 à 124 ;

Vu l’article 4 de la loi du 6 décembre 2005 relative à la répartition d’une partie des recettes fédérales en matière de sécurité routière ;

Vu l’article 8 de la loi du 15 décembre 2013 portant dispositions diverses en matière de simplification administrative, le présent arrêté est dispensé d’analyse d’impact de la réglementation, s’agissant d’une décision formelle ;

Vu l’arrêté royal du 26 avril 1968 réglant l’organisation et la coordination des contrôles de l’octroi et de l’emploi des subventions ;

Vu l’arrêté royal du 20 mai 2022 relatif au contrôle administratif et budgétaire ;

Vu l’arrêté royal du 26 décembre 2015 déterminant les conditions auxquelles des organismes peuvent bénéficier d’une aide financière pour le recrutement de personnel chargé de l’accompagnement de mesures judiciaires, modifié ;

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN
EN FEDERALE OVERHEIDSDIENST JUSTITIE

[C – 2022/43312]

21 DECEMBER 2022. — Koninklijk besluit tot toekenning van een financiële hulp van 9.156.165,81 euro aan organisaties voor de aanwerving van personeel belast met de begeleiding van gerechtelijke maatregelen voor het jaar 2022

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op artikel 37 van de Grondwet;

Gelet op de wet van 30 maart 1994 houdende sociale bepalingen, inzonderheid op artikel 69, gewijzigd bij de wet van 21 december 1994, van 25 mei 1999 en de wet van 12 mei 2014 en de wet van 25 december 2016;

Gelet op de wet van 22 mei 2003 houdende organisatie van de begroting en van de comptabiliteit van de federale Staat, inzonderheid op de artikelen 121 tot 124;

Gelet op het artikel 4 van de wet van 6 december 2005 betreffende de verdeling van een deel van de federale ontvangsten inzake verkeersveiligheid;

Gezien het artikel 8 van de wet van 15 december 2013 houdende diverse bepalingen inzake administratieve vereenvoudiging in dit besluit vrijgesteld van een regelgeving impact analyse omdat het een formele beslissing betreft;

Gelet op het koninklijk besluit van 26 april 1968 houdende organisatie en coördinatie van de controle op het toekennen en het gebruik van subsidies;

Gelet op het koninklijk besluit van 20 mei 2022 betreffende de administratieve en begrotingscontrole;

Gelet op het koninklijk besluit van 26 december 2015 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder organisaties een financiële hulp kunnen genieten voor de aanwerving van personeel belast met de begeleiding van gerechtelijke maatregelen, gewijzigd;